

Protokoll

der Sitzung vom

14. März 2002

im Rathaus zu Freiburg

Vorsitz: Katharina Hürlimann, Präsidentin

Anwesend sind 116 Verfassungsrätinnen und Verfassungsräte.

Entschuldigt sind Martine Banderet, Regula Brülhart, Marie Garnier, Isabelle Overney, Marianne Terrapon, Pierre Aeby, Henri Baeriswyl, Michel Bapst, Anton Brülhart, Benoît Chardonnens, Joseph Buchs, Joseph Eigenmann, Jacques Repond und Claude Schorderet.

1. Eröffnung der Sitzung und Mitteilungen

Die Präsidentin eröffnet die Sitzung um 8.35 Uhr.

2. Prüfung der Thesen der Kommission 7

2.1. Mündlicher Bericht des Berichtstatters der Kommission

Laurent Schneuwly gibt eine Einführung zu den Thesen von Kommission 7.

2.2. Eintretensdebatte

Die Präsidentin fragt, ob jemand gegen das Eintreten ist.

Das Wort wird nicht verlangt. Es wird Eintreten beschlossen.

2.3. Detailberatung der Thesen

Gemeindeautonomie

Thesen 7.1.1, 7.1.2 und 3.40

Laurent Schneuwly stellt die Thesen 7.1.1 und 7.1.2 vor.

Erika Schnyder stellt die These 3.40 vor.

Nicolas Grand unterstützt im Namen der CVP-Fraktion beide Thesen der Kommission 7, er beantragt hingegen die Streichung von These 3.40, die in den beiden anderen bereits enthalten ist. **Philippe Remy** schliesst sich ihm im Namen der FDP-Fraktion an.

Robert Sturny unterstützt im Namen der CSP-Fraktion die drei Thesen.

Erika Schnyder zieht die These 3.40 zurück.

Die Thesen 7.1.1 und 7.1.2 werden gutgeheissen. These 3.40 wird zurückgezogen.

Thesen 7.1.3, 7.1.3^{bis}, 7.1.3^{ter} und 7.1.3^{quater}

Laurent Schneuwly stellt die These 7.1.3 vor.

Gaëtan Emonet stellt die Minderheitsthese 7.1.3^{bis} und 7.1.3^{ter} vor. Letztere hängt von der ersteren ab. Beide Minderheitsthese betreffen nur den dritten Spiegelstrich in der Aufzählung von These 7.1.3. Der Redner wünscht, dass dies beim Abstimmungsverfahren berücksichtigt wird.

Denis Chassot stellt die Minderheitsthese 7.1.3^{quater} vor.

Patrik Gruber stellt den Antrag der SP-Fraktion zu 7.1.3 vor: “Die Gemeinden verfügen unter Vorbehalt des Bundesrechts und der kantonalen Gesetzgebung vor allem in folgenden Bereichen über Autonomie: [...]” (“Sous réserve du droit fédéral et cantonal, les communes [...]”).

Christian Pernet stellt den Antrag der Bürger-Fraktion zu 7.1.3^{ter} vor: “Wenn der einzige Ansatz nicht angenommen wird, schlägt die Minderheit der Kommission vor, dass sich der Ansatz der Gemeindesteuer zwischen den Gemeinden nicht mehr als um einen bestimmten Prozentsatz oberhalb und unterhalb des Durchschnittsansatzes unterscheidet. Der Prozentsatz wird durch Gesetz festgelegt.” (“Si le taux unique n’est pas accepté, la minorité de la commission propose que le taux d’impôt communal ne varie pas entre les communes au-delà d’un certain pourcentage en dessous et en dessus du taux moyen. Le pourcentage est défini par la loi.”).

Nicolas Grand stellt den Antrag der CVP-Fraktion zu 7.1.3 Abs. 1 vor: “Die Gemeindeautonomie ist in den Grenzen der kantonalen und eidgenössischen Gesetzgebung gewährleistet.” (“L’autonomie des communes est garantie dans les limites des législations cantonale et fédérale.”) Absatz 2 bleibt unverändert.

Marc Genilloud unterstützt die These 7.1.3 im Namen der FDP-Fraktion. **Frédéric Sudan** lehnt die Thesen 7.1.3^{bis} und 7.1.3^{ter} im Namen derselben Fraktion ab.

Philippe Wandeler unterstützt die Thesen 7.1.3, 7.1.3^{ter} und 7.1.3^{quater} im Namen der CSP-Fraktion.

Rose-Marie Ducrot spricht sich im Namen der CVP-Fraktion gegen einen einheitlichen Satz aus; ihrer Ansicht nach können die Probleme durch den Finanzausgleich behoben werden. Sie schlägt vor, die Thesen 7.1.3^{quater} und 3.50 gleichzeitig zu behandeln.

Carmen Buchiller schlägt im Namen der Fraktion Öffnung vor, über alle Minderheitsthesen zusammen mit These 3.50 zu beraten.

Yvonne Gendre unterstützt im Namen der SP-Fraktion alle Minderheitsthesen.

Erika Schnyder weist auf den Inhalt von These 3.50 hin. Sie fragt sich, ob man nicht eine einzige Beratung während der Prüfung der Thesen der Kommission 3 durchführen sollte.

Ueli Johner äussert im Namen der SVP-Fraktion die Ansicht, dass die drei Minderheitsthesen eher zu These 3.50 gehören. Seine Fraktion lehnt die drei Thesen ab.

Patrik Gruber zieht den Antrag der SP-Fraktion zugunsten des Antrags der CVP-Fraktion zurück. Doch über die Minderheitsthesen muss diskutiert werden.

Marc Genilloud beantragt im Namen der FDP-Fraktion, die These 7.1.3^{quater} und These 3.50 bei der Beratung zusammenzunehmen.

Stéphane Sugnaux kündigt einen Änderungsantrag an, den er erst vorstellt, wenn feststeht, ob die Beratung über These 7.1.3^{quater} verschoben wird oder nicht.

Laurent Schneuwly findet, dass die Kommission ihr Einverständnis geben kann, die Diskussion über These 7.1.3^{quater} auf die Sitzung zu verschieben, in der die These 3.50 behandelt wird.

Denis Chassot möchte noch am gleichen Morgen über These 7.1.3^{quater} abstimmen.

Für **Olivier Suter** kann die These 7.1.3^{quater} nicht losgelöst von den Thesen 7.1.3^{bis} 7.1.3^{ter} behandelt werden.

Philippe Wandeler möchte die Diskussion im Namen der CSP-Fraktion noch heute fortsetzen.

Frédéric Sudan wiederholt im Namen der FDP-Fraktion, dass er die Diskussion über die These 7.1.3^{quater} verschieben möchte.

Erika Schnyder beantragt, über die drei Minderheitsthesen und die These 3.50 gleichzeitig zu beraten.

Rose-Marie Ducrot beantragt im Namen der CVP-Fraktion, dass heute über den einheitlichen Satz diskutiert wird, die Beratung über die These 7.1.3^{quater} aber verschoben wird.

Félicien Morel ist im Namen der Fraktion Öffnung mit der Beratung über die Minderheitsthesen noch heute einverstanden, beantragt aber deren Ablehnung.

Denis Chassot zieht seine Ablehnung zurück, die These 7.1.3^{quater} zu verschieben.

Stéphane Sugnaux behält sich den angekündigten Änderungsantrag vor.

Philippe Vallet beantragt die Streichung der Worte “öffentliche Ordnung” (“ordre public”) in These 7.1.3.

André Schoenenweid schlägt vor, in These 7.1.3 “öffentliche Ordnung” (“ordre public”) durch “öffentliche Sicherheit” (“sécurité publique”) zu ersetzen.

Philippe Vallet zieht seinen Änderungsantrag zugunsten des Antrags von A. Schoenenweid zurück.

Jean-Bernard Repond macht sich für den Begriff “öffentliche Ordnung” stark und erläutert ihn.

Yvonne Gendre unterstützt den Katalog in These 7.1.3 der Kommission. Sie ist gegen den Vorbehalt des Bundesrechts.

Moritz Boschung unterstützt den von Nicolas Grand eingebrachten Antrag der CVP-Fraktion und warnt vor einem Katalog.

Bernadette Hänni ist gegen eine Aufzählung. Sie bezieht sich auf These 3.5.

Olivier Suter unterstützt die Minderheitsthesen über den Steuersatz.

Erika Schnyder befürwortet einen Katalog und den Vorbehalt des Bundes- und Kantonsrechts. Zum Steuersatz spricht sie sich für die These 7.1.3^{ter} aus.

Denis Chassot tritt für die Minderheitsthese zum Steuersatz ein. Unterschiede werden durch den Finanzausgleich ausgeglichen.

Josef Vaucher betont, dass die Vereinheitlichung des Steuersatzes zu einem horizontalen Finanzausgleich führt.

Joseph Binz möchte die Minderheitsthesen streichen.

Laurent Schneuwly wünscht einen Katalog der Bereiche, in denen die Gemeinden autonom sind. Er ist für den Ausdruck “öffentliche Ordnung”.

Die Präsidentin erläutert das Abstimmungsverfahren (vom Spezifischen zum Allgemeinen).

Nicolas Grand beantragt (Ordnungsantrag), zuerst über den Grundsatz eines Katalogs abzustimmen (ja oder nein).

Christian Levrat ist gegen den Ordnungsantrag.

Nicolas Grand gibt C. Levrat Recht und zieht seinen Ordnungsantrag zurück.

Die Präsidentin lässt abstimmen (7.1.3): 51 “grün” (Antrag von A. Schoenenweid); 58 “rot” (These der Kommission); 4 Enthaltungen.

Die Präsidentin schreitet zur nächsten Abstimmung (7.1.3): 59 “grün” (Antrag der CVP-Fraktion); 52 “rot” (These der Kommission); 1 Enthaltung.

Die Präsidentin schreitet zur nächsten Abstimmung (7.1.3^{bis}): 32 “grün” (These 7.1.3^{bis}); 81 “rot” (Ablehnung); 2 Enthaltungen.

Die Präsidentin schreitet zur nächsten Abstimmung (7.1.3^{ter}): 62 “grün” (Antrag der Bürger-Fraktion); 29 “rot” (These 7.1.3^{ter}); 21 Enthaltungen.

Die Präsidentin schreitet zur nächsten Abstimmung (7.1.3^{ter}): 47 “grün” (Antrag der Bürger-Fraktion); 64 “rot” (Streichung); 1 Enthaltung.

Die These 7.1.3 wird in der von der CVP-Fraktion vorgeschlagenen Fassung angenommen. Die Minderheitsthesen werden abgelehnt mit Ausnahme von These 7.1.4^{quater}, über die erst im Zusammenhang mit These 3.50 beraten wird.

Die Sitzung wird um 10.20 Uhr vertagt und um 10.54 Uhr wieder aufgenommen.

Denis Boivin beglückwünscht die Präsidentin zu ihrem Enkelkind, das am Vortag geboren wurde.

Applaus (Blumen ...).

Statut des communes (Thesen 7.2.1, 7.2.2 und 7.2.3)

Laurent Schneuwly stellt die Thesen vor.

Michel Bavaud stellt seinen Antrag zu 7.2.2 vor: “Der Kanton Freiburg besteht aus 8 Gemeinden.“ (“ Le canton de Fribourg est divisé en 8 communes. ”). Dies entspricht der Agglomeration Freiburg und den sieben heutigen Bezirken.

Laurent Schneuwly ist der Ansicht, dass dieser Änderungsantrag die These 7.6.1 betrifft.

Michel Bavaud kann das akzeptieren.

Das Wort wird nicht mehr verlangt. Die Thesen 7.2.1, 7.2.2 und 7.2.3 werden gutgeheissen.

Organes des communes (Thesen 7.3.1 bis 7.3.9)

Laurent Schneuwly stellt die Thesen vor.

Yvonne Gendre stellt den Antrag der SP-Fraktion zu 7.3.8 vor: “Jede Gemeinde verfügt über einen Generalrat. Gemeinden mit weniger als 2500 Einwohnern haben die Möglichkeit, den Generalrat durch die Gemeindeversammlung zu ersetzen.“ (“ Chaque commune est dotée d’un conseil général. Les communes de moins de 2'500 habitants ont la faculté de remplacer le conseil général par l’assemblée communale. ”)

Philippe Wandeler stellt den Antrag der CSP-Fraktion zu 7.3.8 vor: “Gemeinden mit mehr als 3000 Einwohnern haben einen Generalrat.“ (“ Les communes avec plus de 3'000 habitants ont un conseil général. ”)

Nicolas Grand unterstützt These 7.3.9 im Namen der CVP-Fraktion, wünscht aber, dass sie mit den Thesen 7.1.1 und 7.1.2 zusammengefasst wird.

Fabian Vollmer unterstützt die Thesen 7.3.1 bis 7.3.9 im Namen der FDP-Fraktion, wünscht aber, dass diese Bestimmungen in ein Gesetz statt in die Verfassung aufgenommen werden.

Moritz Boschung unterstützt die These 7.3.8 der Kommission im Namen der CVP-Fraktion.

Im Namen der SP-Fraktion beantragt **Alain Berset** die Streichung des Verweises auf das Gesetz in These 7.3.6.

André Schoenenweid unterstützt den Antrag der CSP-Fraktion.

Yvonne Gendre schliesst sich im Namen der SP-Fraktion dem Antrag der CSP-Fraktion an.

Placide Meyer und **Denis Chassot** unterstützen die These 7.3.8 der Kommission.

Laurent Schneuwly tritt ein letztes Mal für die Thesen der Kommission ein. Zu These 7.3.6 kann die Kommission der Bemerkung von Alain Berset folgen. Die Kommission kann sich auch dem Antrag der CVP-Fraktion zu 7.3.9 anschliessen.

Die Präsidentin lässt abstimmen: 32 “grün” (Antrag der CSP-Fraktion zu 7.3.8) ; 80 “rot” (These der Kommission) ; 1 Enthaltung.

Die Thesen der Kommission werden gutgeheissen. In These 7.3.6 wird der Verweis auf das Gesetz gestrichen. These 7.3.9 wird mit den Thesen 7.1.1 und 7.1.2 zusammengekommen.

Collaboration intercommunale

Thesen 7.4.1 und 3.39

Laurent Schneuwly stellt die These 7.4.1 vor.

Erika Schnyder stellt die These 3.39 vor.

Claude Schenker beantragt im Namen der CVP-Fraktion, die These 3.39 nicht anzunehmen, da sie in den Thesen 7.4.1, 1.4.2 und 1.4.4 enthalten ist. **Philippe Remy** stellt denselben Antrag im Namen der FDP-Fraktion.

Auch **Laurent Schneuwly** ist der Ansicht, dass die These 3.39 eine Erläuterung von These 7.4.1 darstellt.

Erika Schnyder würde es vorziehen, wenn These 3.39 angenommen würde.

Die Präsidentin lässt abstimmen: 54 “grün” (These 3.39); 52 “rot” (Streichung); 3 Enthaltungen.

Die beiden Thesen werden gutgeheissen.

These 7.4.2

Laurent Schneuwly stellt die These vor. Er erklärt, dass dieser Wortlaut wahrscheinlich nicht in die Verfassung aufgenommen wird.

Erika Schnyder beantragt im Namen der SP-Fraktion die Streichung der These.

Placide Meyer unterstützt im Namen der CVP-Fraktion die These 7.4.2.

Denis Boivin beantragt im Namen der FDP-Fraktion ebenfalls die Streichung der These.

Laurent Schneuwly erklärt ein letztes Mal, welchen Zweck die Kommission verfolgte.

Die Präsidentin lässt abstimmen: 39 “grün” (These 7.4.2); 63 “rot” (Ablehnung); 6 Enthaltungen.

Die These 7.4.2 wird gestrichen.

Thesen 7.4.4 und 7.4.4^{bis}

Laurent Schneuwly stellt die These 7.4.4 vor.

Yvonne Gendre stellt die Minderheitsthese 7.4.4^{bis} vor. Sie schliesst sich dem Antrag Ambros Lüthis an.

Auf eine entsprechende Frage **Placide Meyers** erklärt **Yvonne Gendre**, dass diese These ein Zusatz zur These der Kommission ist.

Nach dieser Antwort unterstützt **Placide Meyer** die These der Kommission ohne Zusatz.

Marc Genilloud ist im Namen der FDP-Fraktion gegen die Minderheitsthese.

Im Namen der SP-Fraktion unterstützt **Christian Levrat** die Minderheitsthese. Er fände es jedoch gut, wenn die erste Fassung etwas überarbeitet würde.

Ambros Lüthi stellt seinen Antrag vor: “Die Verbindungen zwischen Gemeinden haben sich ausschliesslich vorzugsweise innerhalb von Föderationen von Gemeinden (Gemeindeverbände für verschiedene nicht zusammenhängende Zwecke) oder innerhalb von Agglomerationen abzuwickeln. Diese beiden Strukturtypen verfügen über Finanzmittel. ~~Die Freiheit der Gemeinden liegt in der Wahl der Partnergemeinden und nicht mehr in der Wahl eines Zusammenarbeitstyps.~~” (“ Les relations entre communes doivent avoir lieu uniquement de préférence à l’intérieur de fédérations de communes (associations de communes à buts multiples non connexes) ou à l’intérieur de l’agglomération. Ces deux types de structure sont dotés de moyens financiers. ~~La liberté des communes réside dans le choix des communes partenaires et non plus dans le choix du type de collaboration.~~”). Dieser Antrag steht nicht im Widerspruch zu den Thesen 3.39 und 7.4.4. Dadurch wird die These 7.4.5 hinfällig.

Yvonne Gendre weist darauf hin, dass die Föderation von Gemeinden das Gegenstück auf dem Land zur Agglomeration in der Stadt ist.

Erika Schnyder unterstützt den Antrag Ambros Lüthis.

Joseph Rey verzichtet auf seinen Antrag und schliesst sich dem von Ambros Lüthi an.

Für **Philippe Wandeler** müsste man noch weiter gehen bei der Ausarbeitung von demokratischen Mitteln.

Laurent Schneuwly ist der Ansicht, dass die These 7.4.3 eine Lösung für das Demokratiedefizit bietet.

Die Präsidentin lässt abstimmen: 39 “grün” (Zusatz gemäss Antrag von Ambros Lüthi); 68 “rot” (Ablehnung); 2 Enthaltungen.

These 7.4.4 wird ohne Zusatz gutgeheissen.

Die Sitzung wird um 12.15 Uhr vertagt und um 14.04 wieder aufgenommen.

Anwesend sind 117 Verfassungsrätinnen und Verfassungsräte.

Entschuldigt sind Claudine Brohy, Marie Garnier, Isabelle Overney, Marianne Terrapon, Pierre Aeby, Henri Baeriswyl, Michel Bapst, Anton Brülhart, Joseph Buchs, Benoît Chardonnens, Joseph Eigenmann, René Pochon und Claude Schorderet.

These 7.4.5

Laurent Schneuwly stellt die These vor.

Das Wort wird nicht mehr verlangt. Die These wird gutgeheissen.

These 7.4.6

Laurent Schneuwly stellt die These vor.

Das Wort wird nicht mehr verlangt. Die These wird gutgeheissen.

Zusammenschlüsse (Thesen 7.5.1 bis 7.5.6)

Laurent Schneuwly stellt die Thesen vor. Die Thesen 7.5.4 und 7.5.6 wurden im deutschen Arbeitspapier verwechselt. Massgebend ist die Nummerierung im französischen Text.

Olivier Suter stellt den Antrag der Bürger-Fraktion zu 7.5.4 vor: “Das Stimmvolk spricht sich in letzter Instanz über die Gemeindezusammenschlüsse aus, ausser in Extremfällen.” (“Sauf cas extrême, le corps électoral se prononce en dernier ressort sur les fusions de communes.”). Diese These gehört an das Ende des Kapitels über die Gemeindezusammenschlüsse.

Philippe Wandeler stellt den Antrag der CSP-Fraktion zu 7.5.6 vor (die Kompetenz zur Vollziehung eines Gemeindezusammenschlusses eher dem Grossen Rat statt dem Staatsrat zu übertragen).

Fabian Vollmer beantragt im Namen der FDP-Fraktion, den Wortlaut der Thesen 7.5.2 und 7.5.4 nach der Vernehmlassung nicht in die Verfassung aufzunehmen, ohne die Thesen zu bestreiten.

Pierre-André Liniger befürwortet im Namen der SVP-Fraktion die Förderung von Gemeindezusammenschlüssen, freiwillige Zusammenschlüsse unter strikter Einhaltung demokratischer Verfahren (7.5.4: “corps électoral” = das Volk). Seine Fraktion heisst die These 7.5.5 gut.

Placide Meyer unterstützt die These 7.5.5 im Namen der CVP-Fraktion. Zu These 7.5.6 schlägt er vor: “ [...] la situation de la ou des communes prétérite [...] ”.

Jean Aebischer unterstützt die Thesen der Kommission.

Jean-Bernard Repond unterstützt die These 7.5.4, vorausgesetzt man versteht unter “le corps électoral” wirklich “sämtliche, in der Gemeinde wohnhaften Stimmberechtigten“.

Placide Meyer fragt sich, ob dem Grossen Rat rechtlich gesehen überhaupt die Kompetenz übertragen werden kann, welche ihm die CSP-Fraktion übertragen möchte.

Danielle Julmy unterstützt die Thesen 7.5.1 und 7.5.2. These 7.5.3 könnte man streichen. Die These 7.5.4 ist wesentlich. Die These 7.5.6 sollte abgelehnt werden.

Hermann Boschung erläutert anhand eines Bildes, dass bei jedem Zusammenschluss die Gefahr besteht, dass eine der betroffenen Einheiten verschwindet. Sie muss aber zum beiderseitigen Nutzen sein. H. Boschung unterstützt die Thesen der Kommission.

Laurent Schneuwly: Die Kommission kann sich dem Antrag der Bürger-Fraktion anschliessen, nicht jedoch dem Änderungsantrag der CSP-Fraktion. Bezüglich “corps

électoral” ist Jean-Bernard Reponds Auffassung richtig. Dem Votum von Placide Meyer zu 7.5.6 kann man sich anschliessen.

Philippe Wandeler wiederholt, dass er ein einheitliches System zur Genehmigung von freiwilligen und erzwungenen Gemeindegemeinschaften wünscht (Grosser Rat). Also könnte man die Rechtsberater mit der Ausarbeitung einer Lösung beauftragen.

Laurent Schneuwly erklärt, dass das Dekret über den Zusammenschluss immer vom Grossen Rat gutgeheissen wird.

Philippe Wandeler bestätigt, dass nicht mehr abgestimmt werden muss.

Die Präsidentin lässt abstimmen: 99 “grün” (These 7.5.6 – auf Französisch); 9 “rot” (Ablehnung); 4 Enthaltungen.

Die Thesen werden gutgeheissen; These 7.5.4 im Wortlaut der Bürger-Fraktion; These 7.5.6 im Wortlaut der CVP-Fraktion.

Bezirke (Thesen 7.6.1, 7.6.1^{bis}, 7.6.2 und 7.6.3)

Laurent Schneuwly stellt die Thesen vor.

Jean-Marie Masset stellt die Minderheitsthese 7.6.1^{bis} vor.

Erika Schnyder stellt den Antrag der SP-Fraktion zu 7.6.1 vor: “Das zu erreichende Ziel ist ein Kanton, zusammengesetzt aus Gemeinden, Agglomerationen und Regionen ~~(ohne Verwaltungsbezirke)~~.” (“ Le but à atteindre est un canton composé de communes, d’agglomérations et de régions ~~(sans districts administratifs)~~.”).

Peter Jaeggi stellt den Antrag der CSP-Fraktion zu 7.6.1 vor: “Das zu erreichende Ziel ist ein Kanton, zusammengesetzt aus Gemeinden und drei bis fünf Regionen. Die Regionen haben eine administrative Leitung und ein regionales Parlament.” (“ Le but à atteindre est un canton composé de communes et de trois à cinq régions. Les régions ont une direction administrative et un parlement régional.”).

Jacques Barras unterstützt die Minderheitsthese 7.6.1^{bis} im Namen der SVP-Fraktion und **Maurice Reynaud** im Namen der Fraktion Öffnung.

Olivier Suter unterstützt im Namen der Bürger-Fraktion die These 7.6.1 der Kommission.

Placide Meyer unterstützt im Namen der CVP-Fraktion die Minderheitsthese 7.6.1^{bis}.

Michel Bavaud stellt seinen Antrag zu 7.6.1 vor: “Der Kanton Freiburg besteht aus 8 Gemeinden.” (“ Le canton de Fribourg est divisé en 8 communes.”). Gemeint sind die Agglomeration Freiburg und die sieben bestehenden Bezirke.

André Schoenenweid stellt seinen Antrag zu 7.6.1 vor: “Das zu erreichende Ziel ist ein in 3 bis 5 Verwaltungsbezirke unterteilter Kanton.” (“ Le but à atteindre est un canton subdivisé en 3 à 5 districts administratifs.”).

Joseph Rey erklärt, dass sein Antrag zu 7.6.1 (“Um die lokalen Interessen zu wahren, bestimmt der Staat Regionen, deren Verwaltungsorganisation er festlegt.”, “ Dans le but de sauvegarder les intérêts locaux, l’Etat détermine des régions dont il définit l’organisation administrative.”) davon abhängt, wie mit den Anträgen der CSP- und SP-Fraktion verfahren wird. Daher wartet er vorerst ab mit der Verfechtung seines Änderungsantrags.

Philippe Remy stellt seinen Antrag zu 7.6.1 vor: “Die Aufteilung des Kantons in Verwaltungsbezirke ist nicht in der Verfassung zu erwähnen.” (“La division du canton en districts administratifs ne doit pas figurer dans la Constitution.”).

Reynold Pauchard unterstützt die Minderheitsthese 7.6.1^{bis}.

Peter Bachmann plädiert für mehr Zeit für die Entwicklung der Territorialstrukturen.

Moritz Boschung unterstützt die These 7.6.1 der Kommission.

Rose-Marie Ducrot unterstützt die Minderheitsthese 7.6.1^{bis}.

Nicole Monney unterstützt im Namen einer Minderheit der Bürger-Fraktion These 7.6.1^{bis}.

Carmen Buchiller unterstützt die These der Kommission 7.6.1.

Bernadette Hänni unterstützt die Anträge, welche auf die Aufhebung der Bezirke abzielen.

Olivier Suter geht auf die Argumente der Verfechter der Bezirke ein.

Sylviane Périsset und **Yvonne Gendre** befürworten die Thesen der Kommission.

Placide Meyer geht auf einige Voten zugunsten einer Aufgabe der Bezirke ein.

Jacques Barras fragt André Schoenenweid, wie man die Anzahl Bezirke von 7 auf “3 bis 5” senken kann, und von Bernadette Hänni will er wissen, ob sie auf dem Laufenden ist, welche Wünsche die Bürgerinnen und Bürger am Forum von Domdidier geäußert haben.

Die beiden Angesprochenen antworten kurz.

Sophie Bugnon tritt für die Beibehaltung der jetzigen Bezirke ein.

Peter Bachmann erklärt, dass die Mehrheit im Seebezirk gegen die Abschaffung der Bezirke ist.

Laurent Schneuwly tritt noch einmal für die Thesen der Kommission ein.

Die Präsidentin lässt abstimmen (7.6.1): 26 “grün” (Antrag de André Schoenenweid); 57 “rot” (Antrag der CSP-Fraktion); 24 Enthaltungen.

Die Präsidentin schreitet zur nächsten Abstimmung (7.6.1): 28 “grün” (Antrag der CSP-Fraktion); 57 “rot” (Antrag der SP-Fraktion); 30 Enthaltungen.

Die Präsidentin schreitet zur nächsten Abstimmung (7.6.1): 55 “grün” (Antrag der SP-Fraktion); 26 “rot” (Antrag de Joseph Rey); 34 Enthaltungen.

Die Präsidentin schreitet zur nächsten Abstimmung (7.6.1): 52 “grün” (Antrag der SP-Fraktion); 38 “rot” (Antrag de Michel Bavaud); 26 Enthaltungen.

Die Präsidentin schreitet zur nächsten Abstimmung (7.6.1): 58 “grün” (Antrag der SP-Fraktion); 47 “rot” (Antrag de Philippe Remy); 11 Enthaltungen.

Die Präsidentin schreitet zur nächsten Abstimmung (7.6.1): 48 “grün” (Antrag der SP-Fraktion); 67 “rot” (Minderheitsthese 7.6.1^{bis}); 1 abstention.

Die Präsidentin schreitet zur nächsten Abstimmung (7.6.1): 58 “grün” (Minderheitsthese 7.6.1^{bis}); 54 “rot” (These 7.6.1); 3 Enthaltungen.

Die These 7.6.1^{bis} wird gutgeheissen. These 7.6.2 entfällt.

Die Präsidentin begrüsst Annelise Pittet, ehemaliges Mitglied des Verfassungsrats, die auf der Zuschauertribüne sitzt.

Die Sitzung wird um 16.40 Uhr vertragt und um 17.12 wieder aufgenommen.

These 7.6.3 (Fortsetzung)

Laurent Schneuwly gibt bekannt, dass noch die Thesen 7.6.3, 7.7.1^{bis} und 7.7.3 behandelt werden müssen.

André Schoenenweid im Namen der CVP-Fraktion und **Joseph Rey** sind für die These.

Nicolas Grand wendet sich im Namen einer grossen Minderheit der CVP-Fraktion gegen diese These.

Die Präsidentin lässt abstimmen: 64 “grün” (These 7.6.3); 44 “rot” (Streichung); 3 Enthaltungen.

Die These 7.6.3 wird gutgeheissen.

Oberamt männer

These 7.7.1^{bis}

Nach Ansicht **Jean-Marie Massets** sind die Thesen 7.7.1 bis 7.7.4 hinfällig.

Laurent Schneuwly wiederholt, dass über diese These abgestimmt werden muss.

Patrik Gruber beantragt die Streichung der These.

Carmen Buchiller ist gegen eine Direktwahl des Oberamtmanns durch das Volk. Sie schlägt eine Nominierung durch den Staatsrat vor (“Der Oberamtmann – mit seinen gegenwärtigen Aufgaben – wird wie die anderen Beamten vom Staatsrat ernannt.” “Le préfet dans ses attributions actuelles est désigné par le Conseil d’Etat à l’instar des autres agents de l’Etat.”).

Yvonne Gendre schlägt vor, dass der Oberamtmann durch den Staatsrat nominiert wird.

Antoinette de Weck fragt sich, was noch übrig bleibt, wenn These 7.7.1^{bis} verworfen wird.

Laurent Schneuwly weist erneut darauf hin, dass die Beratung und Abstimmung über diese These notwendig ist.

Philippe Remy wünscht eine Volkswahl des Oberamtmanns und betrachtet ihn auch als Verteidiger der Gemeinden seines Bezirks.

Joseph Eigenmann beantragt die Streichung der These, so dass die Bezirke selbst bestimmen können, wie sie organisiert sind.

André Schoenenweid unterstützt die These 7.7.3 im Namen der CVP-Fraktion.

Jacques Barras will einen Oberamtmann. Er muss zwischen Staat und Gemeinden vermitteln.

Für **Ambros Lüthi** muss nicht unbedingt ein Oberamtmann die Leitung des Bezirks übernehmen.

Olivier Suter beantragt die Streichung dieser These.

Michel Bavaud führt aus, dass der Oberamtmann sowohl die übergeordneten Behörden vertritt als auch als Sprachrohr für die Basis dient. Um Grunde genommen ist es gleichgültig, ob der Oberamtmann vom Volk gewählt oder vom Staatsrat ernannt wird.

Für **Philippe Vallet** bedeutet die vorherige Abstimmung, dass die Territorialstruktur nicht erneuert wird. Also müssen die Oberamtswähler (und These 7.7.1^{bis}) beibehalten werden.

Auch **Nicolas Grand** möchte die Oberamtswähler - und zwar vom Volk gewählte Oberamtswähler - beibehalten.

Denis Boivin spricht sich im Namen der FDP-Fraktion für gewählte Oberamtswähler aus. Diese These muss ein Kommentar bleiben.

Mélanie Maillard und **Rose-Marie Ducrot** sind für die Beibehaltung gewählter Oberamtswähler.

Christian Levrat unterstützt die Streichung der These.

Placide Meyer relativiert die Konflikte und Ambivalenzen infolge der Doppelfunktion. Er wünscht eine Volkswahl.

Jean Baeriswyl ist für die Volkswahl des Oberamtmanns.

Die Präsidentin korrigiert (7.7.1^{bis}): “Ein vom Volk gewählter Oberamtmann ist [...]”.

Die Präsidentin lässt abstimmen: 30 “grün” (Antrag Carmen Buchiller); 71 “rot” (Minderheitsthese der Kommission); 9 Enthaltungen.

Die Präsidentin schreitet zur nächsten Abstimmung: 65 “rot” (Minderheitsthese der Kommission); 41 “rot” (Streichung); 4 Enthaltungen.

These 7.7.1^{bis} wird gutgeheissen.

These 7.7.3

Laurent Schneuwly stellt die These vor, die mit der These 7.6.3 zusammenhängt.

Das Wort wird nicht mehr verlangt. Die These wird gutgeheissen.

Structure

These 1.1.3

Bernadette Hänni stellt die These vor, die im ersten Teil der Verfassung aufgenommen würde.

Monika Bürge-Leu unterstützt die These im Namen der CVP-Fraktion. Sie ist für: “Das Kantonsgebiet [...]”.

Bernadette Hänni schliesst sich dem Antrag der CVP-Fraktion an. Sie weist darauf hin, dass nur die Bezirke und Gemeinden erwähnt werden (nicht die Regionen).

Das Wort wird nicht mehr verlangt. Die These wird gutgeheissen.

These 1.5.5

Bernadette Hänni stellt die These vor. Es handelt sich um eine negative These, die nicht unbedingt am Ende der Verfassung stehen muss.

Monika Bürge-Leu unterstützt die These 1.5.5 im Namen der CVP-Fraktion.

Das Wort wird nicht mehr verlangt. Die These 1.5.5 wird gutgeheissen.

3. Schluss der Sitzung

Die Präsidentin dankt den Verfassungsrätinnen und Verfassungsräten und schliesst die Sitzung um 18.15 Uhr.

Applaus.

Freiburg, den 14. März 2002

Die Präsidentin:

Katharina Hürlimann

Der Tagessekretär:

Pierre Scyboz